DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

jW auf der Buchmesse Leipzig: Halle 5, Stand K 300

CHRISTIAN-DITSCH.DE

Bourgeoisie

Intellektueller Faschismus: Der AfD-Philosoph Marc Jongen will mit wohlgesetzten Worten die »Thymosspannung« der Deutschen erhöhen, um sie wehrhaft gegen »die Fremden« zu machen.
Von Jürgen Meier

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **FREITAG, 24. MÄRZ 2017** · NR. 71 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Parlamentswahl
Linke-Landeschef Oskar Lafontaine steht für eine Koalition mit der SPD im Saarland bereit **3**

Betrugsmasche
Nordrhein-Westfalen: Chefs prellen ihre Angestellten in Minijobs häufig um Lohn und Urlaub **5**

Präventivschlag
Japan: Kabinett beschließt »Verschwörungsgesetz«. Tausende protestieren vor dem Parlament **7**

Kriegsprofiteur
Waffenschmiede Rheinmetall weist Millionengewinne aus. Siehe auch Kommentar Seite 8 **9**

Eure Armut find' ich krass

DANIEL KARMANN/DPA

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) stellt Auszüge des Armuts- und Reichtumsberichts vor

Von Simon Zeise

Die Regierung schiebt die Mehrheit der Bevölkerung aufs Abstellgleis. Das ist die zentrale Botschaft, die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Donnerstag in Berlin vermittelte. Dort stellte sie Auszüge aus dem fünften Armuts- und Reichtumsbericht vor, der so mit dem Kanzleramt abgestimmt sei, aber noch in den anderen Ministerien beraten werden müsse, bevor er im Bundestag zur Diskussion gestellt werde.

»Dieser Befund ist echt krass«, sagte Nahles. Das Versprechen »Arbeit lohnt sich, und Aufstieg ist für alle möglich« gelte nicht mehr. Es gebe eine »verfestigte Ungleichheit bei den Vermögen«. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besäßen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte nur ein Prozent. Großer Reichtum beruhe oft nicht auf eigener Leistung. So basiere bei zwei von drei Reichen das Vermögen auf Erbschaften oder Schenkungen. »Je weniger aber Reichtum mit eigener Leistung zu tun hat, um so mehr stellt sich die Frage nach Gerechtigkeit.« Sprach die Ministerin und tat so, als ob sie kein Wässerchen trüben könne. Zur Erinnerung: Die große Koalition hat eine Erbschaftssteuerreform zur Förderung der Superreichen beschlossen. Schätzungen des Deutschen Instituts der Wirtschaft zufolge werden dadurch jährlich sieben bis acht Milliarden Euro am Fiskus vorbeigeschleust – Geld, das für Soziales fehlt. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge erklärte gegenüber *jW*: »Der Bericht ist darauf angelegt zu verharmlosen.« Die Bundesregierung breche Vorgaben des Bundestages, wonach der Armuts- und Reichtumsbericht zur Hälfte der Legislatur vorgestellt werden müsse. »Das war vor eineinhalb Jahren.« Das Kanzleramt habe insistiert, erinnerte Butterwegge, dass der Passus »Krise der Repräsentation« gestrichen werde. Nun heißt es im Bericht: »Die politische Beteiligung bis hin zur Teilnahme an Wahlen ist bei Menschen mit geringem Einkommen deutlich geringer und hat in den vergangenen Jahrzehnten stärker abgenommen als bei Personen mit höherem Einkommen und der Mittelschicht.«

Alles zu verschleiern war Nahles nicht möglich. So listet der Bericht auf, dass die Bruttolöhne der obersten 60 Prozent der Beschäftigten seit Mitte der 90er Jahre real angestiegen sind, die Löhne der unteren 40 Prozent der Beschäftigten dagegen seien real gefallen. In einigen Branchen wie im Transport oder Einzelhandel stagnierten die Löhne auf niedrigem Niveau. Möglich gemacht hat das Nahles' SPD: Durch die Hartz-IV-Gesetze wurde ein Niedriglohnsektor geschaffen, auf den die große Koalition den Daumen hält – einmal dort gelandet, gibt es kaum noch eine Chance heraus. Zwei Millionen Kinder sind laut dem Bericht armutsgefährdet, weil kein Elternteil erwerbstätig ist oder ein Alleinverdiener nur in Teilzeit arbeitet. Das Armutsrisiko von Kindern liegt bei 64 Prozent, wenn kein Elternteil arbeitet. Der Anteil der von Armut bedrohten Menschen habe sich in den vergangenen Jahren nicht verringert.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, kommentierte Nahles' Befund am Donnerstag. Zu viele Menschen würden »von dem gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen, den sie geschaffen haben«. Es sei »völlig inakzeptabel«, dass der Bundesregierung »die soziale Realität im Land zwar bekannt ist, sie aber keine entschiedenen Maßnahmen ergreift, um daran etwas zu ändern«. Butterwegge ergänzte, dass der Bericht nun langsam das Licht der Öffentlichkeit erblicke, habe eine gute Sache: Immerhin werde Armut im Wahlkampf thematisiert.

Krieg führt zu Terror

Nach Anschlag in London: Razzien und Festnahmen. Friedensbewegung fordert Kurswechsel

Nach dem Anschlag in London laufen die Ermittlungen auf Hochtouren. Bei Razzien in London, Birmingham und in anderen Orten nahm die Polizei sieben Personen fest, wie der Chef der Terrorabwehr, Mark Rowley, am Donnerstag mitteilte. Bei dem Angriff am Vortag seien vier Menschen getötet worden, darunter der Attentäter. 29 Opfer würden noch im Krankenhaus behandelt, sieben von ihnen befänden sich in einem kritischen Zustand.

Nach Angaben der Polizei hatte der Angreifer am Mittwoch nachmittag mit einem Auto mehrere Fußgänger auf der Westminster-Brücke angefahren. Dabei starben eine Frau und ein Mann. Eine Frau, die über das Brückengeländer stürzte oder sprang, wurde mit schweren Verletzungen aus der Themse gerettet. Der Attentäter fuhr weiter zum Parlamentsgebäude, durchbrach dort mit seinem Wagen eine Absperrung und erstach mit einem Messer einen 48jährigen Polizisten. Daraufhin eröffneten andere Beamte das Feuer und erschossen den Angreifer.

Am Donnerstag informierte Premierministerin Theresa May vor dem Parlament, dass der Mann in Großbritannien geboren sei und schon vor einigen Jahren bei einer Untersuchung des Inlandsgeheimdiensts MI5 zu »gewalttätigem Extremismus« im Visier der Ermittler gewesen sei. Ebenfalls am Donnerstag übernahm wie üblich die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« per Erklärung im Internet die Verantwortung für den Anschlag.

Das schottische Parlament vertagte am Mittwoch abend die Abstimmung über die Einleitung eines neuen Unabhängigkeitsreferendums. Das Friedensbündnis »Stop the War« verurteilte den Angriff, der durch nichts gerechtfertigt werden könne. Zugleich erinnerte die Initiative daran, dass die unter anderem von Großbritannien im mittleren Osten und in Südasien geführten Kriege zu einer Zunahme des Terrorismus geführt hätten. Dadurch sei »das Leben nicht nur für die Menschen in diesen Regionen, sondern auch in Britannien gefährlicher geworden«. Es komme darauf an, nicht nur den Terrorismus zu bekämpfen, sondern auch die ihn fördernden Bedingungen. (Reuters/AFP/dpa/jW)

Friedensgespräche für Syrien in Genf

Genf. Unter Vermittlung der Vereinten Nationen sind am Donnerstag in Genf die Friedensgespräche zwischen der syrischen Regierung und oppositionellen Gruppen fortgesetzt worden. Bei der fünften Verhandlungsrunde trafen die Konfliktparteien zunächst getrennt voneinander den stellvertretenden UN-Syrien-Gesandten Ramsi As Al-Din Ramsi. Erneut nicht eingeladen sind Vertreter der Kurden in Syrien, weil die Türkei und mit ihr verbündete Gruppen dies ablehnen.

Am Donnerstag haben bewaffnete islamistische Milizen sich erneut heftige Kämpfe mit der Armee geliefert. Die Gefechte konzentrierten sich auf die Hauptstadt Damaskus und Hama. Damit versuchten die Islamisten, die Friedensverhandlungen zu stören, sagte bereits am Mittwoch der russische Außenminister Sergej Lawrow gegenüber der Nachrichtenagentur *TASS*. (AFP/dpa/jW)

Beschlossen: Gesetz zur Endlagersuche

JULIAN STRATENSCHULTE/DPA-BILDFUNK

Berlin. Der Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz für die Suche nach einem deutschen Endlager für hochradioaktiven Atommüll beschlossen. Es legt Kriterien und den Ablauf für die Auswahl eines Standorts fest, der bis 2031 gefunden werden soll. Gesucht wird in ganz Deutschland, Mitte des Jahrhunderts soll das Endlager für den strahlenden Abfall aus den deutschen Atomkraftwerken in Betrieb gehen. Die Fraktionen von Union, SPD und Grünen hatten die Vorlage gemeinsam eingebracht und stimmten ihr zu, die Linksfraktion votierte gegen sie. In der kommenden Woche soll sie den Bundesrat passieren. »Mit diesem Vorgehen wird es nicht gelingen, die Betroffenen zu überzeugen«, wandte der Sprecher der Initiative »Ausgestrahlt«, Jochen Stay, gegenüber der Nachrichtenagentur *AFP* ein. »Die betroffenen Bürger müssen ein Vetorecht haben«, so der Atomkraftgegner. (dpa/AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.031 Genossinnen und Genossen (Stand 16.3.2017)
www.jungewelt.de/lpg

4 198625 901607 50012